

Nun hat der Herr Präsident Rohwedder hier die Maximen seines Handelns in aller Offenheit vor uns ausgebreitet und hat sich auch in schöner Offenheit zur Nichterfüllung eines bestimmten Gesetzes bekannt. Ich halte das für eine praktische Maxime, daß erst das Leben und dann die Paragraphen kommen. Wer würde dem nicht zustimmen, Herr Rohwedder!

Aber Sie müssen es andererseits auch erlauben, daß der Gesetzgeber dann anfängt, aufzuhören, wenn er diese Maxime hört, und da Gesetze eben nicht nur aus Paragraphen bestehen, sondern auch mit Rechten zu tun haben, kommen mir nun alle möglichen Fragen in den Sinn, die ich vor allen Dingen deswegen stellen muß, weil ich ja auch Zusammenarbeiten muß mit Regierungsbevollmächtigten für die ehemaligen Bezirke und auch Politik betreiben muß im Blick auf die Länder. Und da stellt sich mir eben die Frage: Auch wenn Sie recht haben mögen mit Ihrer Politik und Ihrer Praxis hinsichtlich der Treuhandaktiengesellschaften - ich will dem gar nichts entgegensetzen -, trotzdem stellt sich angesichts der nach meinem Dafürhalten berechtigten Interessen der Länder - und ich komme gleich auch auf das von Herrn von Ryssel angesprochene Problem der Kommunen zurück - die Frage: Welche konkreten Schritte hat die Treuhand vor zur Beteiligung der Kommunen und Länder an ihrer Neustrukturierung? Ich denke, eine solche Beteiligung ist unerlässlich - gerade im Blick auf das, was gerade beim Stromvertrag passiert ist.

Hier stellt sich uns eben nun doch die Frage: Wie werden Sie fertig mit dieser gewaltigen Schmälerung der in unserem Gesetz vorgesehenen Rechte der Kommunen, die sich ja auch auf deren Vermögen auswirkt und insofern nicht nur eine Paragraphensache ist, sondern auch eine Rechtssache, die mit dem Vermögen und der Handlungsfähigkeit der Kommunen erheblich zu tun hat.

Ich habe noch weitere Fragen, nämlich die: Warum kommt es zu gar keiner oder nur ganz schwacher Beteiligung nichtwestdeutscher Unternehmer und Investoren bei der Privatisierung des Volksvermögens? Woran liegt das, Herr Rohwedder? Liegt es an einer bestimmten Personalpolitik? Liegt es daran, daß auf verschiedenen Ebenen immer noch Mitarbeiter Ihnen im Wege sind, die die Handlungsfähigkeit der Treuhand beschränken? Oder gibt es hier eine Politik, die etwa so aussieht, wie ein anonymer Brief schildert, der mir kürzlich zugespielt wurde: daß grundsätzlich die Bilanzierung der DDR-Unternehmen so erfolge, daß man auf 20 % des Wertes gehe? Ich kann nur hoffen, daß das ein undifferenziertes Gerücht ist, aber es zeigt, wie in der Öffentlichkeit gesprochen wird.

Wie wird überhaupt vorgegangen bei der Einschätzung durch Wirtschaftsprüfer? Bedient sich die Treuhand nur der Prüfer interessierter Investoren? Setzt sie auch eigene ein, oder hat sie unabhängige?

Ich habe eine dritte Frage. Ich habe diese Frage heute früh schon einmal Herrn Staatssekretär Krause gestellt. Ich meine sie aber auch der Treuhand selbst stellen zu müssen, gerade im Blick auf das, was nach dem 3. Oktober geschieht: Wie hält es die Treuhand selbst hinsichtlich der Festlegung in Artikel 25 Abs. 6 des Einigungsvertrages mit jenen Vermögensanteilen, die als Volksanteile eingesetzt werden zum Ausgleich für abgewertete Sparguthaben? Ich denke, hier müßte die Treuhand ja auch eine eigene Politik verfolgen, die die Bürger im Lande interessiert. Wenn sie dieses Projekt für unrealisierbar hält, müßte sie es sagen, damit nicht falsche Erwartungen weiter am Leben erhalten werden. Meine Fraktion setzt sich im Gegensatz dazu für die Realisierung dieses Versprechens ein.

Die letzte Frage betrifft die Pressearbeit. In den letzten Wochen hat es erhebliche Spekulationen um das Schicksal etwa der mitteldeutschen Chemie-Industrie gegeben. Ist hier Sanierungsfähigkeit gegeben? Gibt es ein Strukturreform-, ein Konversionsprojekt, oder wie steht es damit überhaupt? Ich will die Frage hier nun stellen und nicht etwa eigene Antworten anbieten.

Indem ich Ihnen danke, Herr Präsident Rohwedder, daß Sie heute das Gespräch mit dem Parlament aufgenommen haben,

lassen Sie mich abschließend die Bitte äußern, ob nicht die Aktivität der Treuhand selbst hinsichtlich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden könnte, damit nicht die Treuhand, die eine so wichtige und, wie ich denke, zentrale Funktion in der Erneuerung unseres wirtschaftlichen Lebens hat, ein Komplex ist, der nur von lauter Gerüchtebildung umgeben ist. - Danke schön.

(Schwacher Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion CDU/DA der Abgeordnete Nitsch.

Nit sch für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident Dr. Rohwedder hat die Schwierigkeiten und Probleme der Privatisierung und Sanierung der Wirtschaft ausführlich benannt. Das ist von Anfang an auch so gesehen worden. Niemand hatte ein Konzept oder eine Theorie, nach der vorgegangen werden sollte.

Das Gesetz vom 1.3.1990 wollte diese Aufgabe staatsbürokratisch lösen, Herr Dr. Ullmann. Das funktionierte natürlich nicht und hat im Gegenteil dazu geführt, daß auch heute die Treuhand noch mit diesen Problemen zu kämpfen hat. Ich glaube, gerade die personellen Strukturen, die mit diesem Gesetz geschaffen worden sind, behindern erheblich den weiteren Fortgang und die wirkliche Erledigung von Aufgaben.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder: Sind Sie bereit, auf eine Anfrage einzugehen?)

Am Ende dann.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder: Moment, Herr Dr. Ullmann, ich hatte ihn ausdrücklich gefragt, er hat gesagt, am Ende seiner Ausführungen.)

Mit unserem Gesetz vom 17.6. haben wir dann unternehmerische Strukturen für die Treuhand geschaffen. Außerdem wollten wir eine starke Dezentralisierung. Vorgesehen war ja nach Paragraph 7 der Aufbau von Treuhandaktiengesellschaften, und zwar im Zuge der Bargründung innerhalb von zwei Monaten.

Inzwischen sind fast drei Monate vergangen. Wir haben heute von Herrn Dr. Rohwedder gehört, daß er die Einrichtung von Niederlassungen vorsieht und glaubt, daß auf diese Weise der Fortgang der Privatisierung zügiger vorangehen kann. Ich erlaube mir zu bezweifeln, daß der Wegfall dieser Entscheidung ebene Treuhandaktiengesellschaft wirklich zum Vorteil ist^{VIII} denn war ersetzen jetzt eine Unternehmerstruktur durch eine Beamtenstruktur. Und gerade die unternehmerischen Aufgaben, die wir diesen Treuhandaktiengesellschaften ja übertragen wollten, werden jetzt wieder ersetzt durch Kontrollrecht und Berichterstattungspflicht. Und diese beiden Begriffe haben für mich keinen guten Klang.

Man möge auch bedenken, daß ja gerade viele große Konzerne drüben ihre Strukturen in der Weise verändern, daß sie Tochteraktiengesellschaften bilden und ihre Strukturen praktisch untergliedern.

Die Probleme, die die Treuhand hat, könnte man meines Erachtens an den drei Paragraphen unseres Treuhandgesetzes festmachen: Paragraph 16, Paragraph 7.2 und Paragraph 8.1.

In Paragraph 16 sind die personellen Probleme, mit denen die Treuhand zu kämpfen hat, eigentlich festgemacht. Dort war vorgesehen, daß wir bis zum 31.7. vorläufige Geschäftsführer einsetzen. Das ist in der Weise passiert, daß man einfach die alten Wirtschaftsfunktionäre bestätigt hat. Es ist in mehreren Beiträgen heute schon gesagt worden, was damit bewirkt wurde. Es wird bewirkt, daß die Entflechtung verhindert wird und die Be-